

Weder Ort noch Zeit der GPV-Gründung waren zufällig

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts drohen die Zürcher Gemeinden mit ihren Interessen weit auseinander zu driften. Ein Verband, der sie einigt und so ihre Position stärkt, tut deshalb Not. Die damals noch recht kleine Stadt Uster, die sowohl über urbane wie ländliche Eigenschaften verfügt, ist als Gründungsort wie geschaffen.

1909, das Gründungsjahr des GPV, steht am Ende des so genannten langen 19. Jahrhunderts, das im späten 18. Jahrhundert mit dem Niedergang des Ancien Régime beginnt und 1914 mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs endet. Dazwischen findet eine politische, wirtschaftliche und soziale Umwälzung statt, wie sie die Schweiz noch nie erlebt hat. Nach langen, heftigen Kämpfen zwischen beharrenden und vorwärts strebenden Kräften nehmen der Kanton Zürich (1831) und der schweizerische Bundesstaat (1848) die liberale und direkt-demokratische Staatsform an, die heute noch besteht. In dieser Phase wachsen auch die Gemeinden in ihre Rolle als eigenständige staatliche Körperschaften, ja als eigentliche Basis unseres Staatswesens hinein.

Gleichzeitig verändert sich die wirtschaftliche Grundlage unserer Gesellschaft fundamental. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist die ganze Schweiz vorwiegend von der Landwirtschaft geprägt. Der Kanton Zürich ist noch keineswegs die führende Wirtschaftsregion des Landes, sondern liegt irgendwo im Mittelfeld. Am Ende dieses Jahrhunderts ist der nunmehr stark industrialisierte Kanton allen anderen Ständen wirtschaftlich weit voraus. Alfred Escher hat mit dem Bau der wichtigsten Eisenbahnlinien die Grundlagen zum Aufstieg Zürichs zum Wirtschaftszentrum der Schweiz gelegt. Die Seidenindustrie wird noch einige Zeit der führende Wirtschaftszweig bleiben, doch schon melden die aufstrebende Maschinenindustrie und die Finanzwelt ihre überragende Bedeutung an.

Spannungsgeladene Zeiten

Der wirtschaftliche Umbau hat die Kluft zwischen der wohlhabenden Oberschicht und der armen Unterschicht markant verstärkt. Die in der Regel dem wirtschaftsliberalen Gedankengut verpflichtete Oberschicht stellt in der Belle Epoque ihren Reichtum stolz zur Schau. Die Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter, die über 100 Jahre lang unter schlechtesten Bedingungen gelebt haben, beginnen langsam von steigenden Löhnen und etwas besseren Arbeitsbedingungen zu profitieren. Doch die meisten Arbeiterfamilien stehen immer noch näher am Rand der Armut als am Aufstieg in den Mittelstand. Die Kluft zwischen Reich und Arm ist an allen Ecken und Enden deutlich sichtbar. Nach dem Jahrhundertwechsel nehmen die sozialen Spannungen markant zu und eskalieren 1917 im Generalstreik.

In dieser konfliktreichen Zeit spielen die Bauern eine wichtige Rolle. Seit einigen Jahrzehnten befinden sie sich in einer wirtschaftlich äusserst prekären Situation. In allen landwirtschaftlichen Sektoren wird zu viel produziert, die Preise für Nahrungsmittel sind in freiem Fall. Viele Bauern müssen ihre Höfe aufgeben, andere überleben am Rand des Existenzminimums. Die Bauernschaft, die akut vom sozialen Abstieg bedroht ist, verbündet sich aber nicht mit der Arbeiterbewegung, sondern stärkt als national-konservative Kraft die bürgerliche Seite im Kanton Zürich.

Grosses Gefälle zwischen den Gemeinden
Die wachsende Ungleichheit zwischen den

sozialen Schichten findet ihre Entsprechung in der Struktur der Zürcher Gemeinden. Einerseits treffen wir um 1909 Städte und Gemeinden an, die – obwohl die Armut grosser Bevölkerungsteile gerade dort am sichtbarsten ist – vor Kraft und Wohlstand strotzen. Zürich und Winterthur befinden sich auf einem steilen wirtschaftlichen Höhenflug und verzeichnen seit vielen Jahren ein markantes Bevölkerungswachstum. Zürich ist infolge der ersten Eingemeindungen von 1893 gar zur ersten Grossstadt der Schweiz geworden. Auch ländlichen Industriegemeinden, die den Wechsel von der Heimarbeit in die Fabrikindustrie geschafft haben und jetzt den Wechsel von der Textil- in die Maschinenindustrie erfolgreich anpacken, geht es ausgesprochen gut. Dazu zählen Wädenswil, Stäfa, Uster, Horgen und noch manche weitere Zürcher Gemeinde. Dörfer, deren primäre wirtschaftliche Basis weiterhin in der Landwirtschaft liegt, kämpfen hingegen ums Überleben. Auch jene Gemeinden, die in der frühen Phase der Industrialisierung von der Heimarbeit profitiert, den Sprung zur Fabrikindustrie aber nicht geschafft haben, sind ins Abseits geraten und haben mit Armut und Abwanderung zu kämpfen. Zu erwähnen sind hier beispielsweise Bäretswil, Knonau, Flaach oder Rafz.

Uster als „Melting Pot“

In dieser Periode war es ein Gebot der Stunde, dass sich die stark auseinanderdriftenden Gemeinden zusammenfanden, um fortan als Einheit aufzutreten. Denn hätten sie nur ihre individuellen Interessen vertreten, wäre es insbesondere den kleineren Gemeinden kaum möglich gewesen, kraftvoll für ihre Sache einzutreten. Usters Stadtpräsident Johann Heinrich Bosshard und Meilens Gemeindepräsident Edwin Hirzel haben diese Realität als erste erfasst und deshalb die Initiative zur Gründung des Zürcher Gemeindepräsidentenverbands ergriffen. Als Gastgeber

für die Gründungsversammlung vom 11. September 1909 bot sich Uster nicht nur wegen des Gründungspräsidenten an, sondern auch wegen seiner Struktur. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner strebte langsam gegen 10'000. Die inneren Teile der Stadt waren in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts durch den Bau der Eisenbahn und die Industrialisierung massiv umgestaltet worden. Das Bahnhofsquartier hatte ein urbanes Gesicht erhalten. Gleichzeitig wies die Zürcher Oberländer Gemeinde aber auch Gebiete auf, die noch stark ländlich geprägt waren. Uster vereinigte sinnbildlich also fast alles auf sich, was den GPV ausmachen sollte: einen Zusammenschluss von urbanen und ländlichen, industriellen und bäuerischen, fortschrittlichen und konservativen Kräften. Und die Stadt funktionierte gut und entwickelte sich insgesamt ansprechend. Sie konnte also durchaus als Vorbild für den Verband dienen.

Vor allem aber war Uster nicht so gross und so mächtig wie Zürich und Winterthur. Es bestand kein „Gefälle“ zwischen dem Gastgeber und seinen Gästen, die aus dem ganzen Kanton kamen. So war Uster für die aus ländlichen Verhältnissen stammenden Gemeindepräsidenten kein Feindbild wie damals die Stadt Zürich. Und für die Stadtväter von Zürich nicht die zurückgebliebene Provinz, als die sie die kleinen Dörfer sahen. Und doch besass die Stadt als drittgrösste Gemeinde und als Ort, in dem der moderne Kanton Zürich geboren worden war, einige Ausstrahlung. Das Hotel Usterhof, in dem der Gründungsakt vollzogen wurde, war zudem ein stattlicher neoklassizistischer Bau im Herzen der Gemeinde. Kurz: Uster war ein würdiger Gründungsort, der über alle nötigen Attribute verfügte.

Rechts: Erste Seite des Gründungsprotokolls von 1909.

1. P r o t o k o l l

über die Verhandlungen der
constituierenden Versammlung des Verbandes
der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich .

1. Am 11. September 1909 fand in Uster im Usterhof eine Versammlung statt behufs Gründung eines Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich. Die Herren Präsidenten Bosshard-Uster und Hirzel-Meilen hatten die Einladung erlassen im Auftrage einer früheren Versammlung der Vertreter der Bezirkshauptorte. 31 Gemeindepräsidenten leisteten dem Rufe Folge, während von weiteren 10 schriftliche Entschuldigungen vorlagen.

2. In seinem Eröffnungswort teilt Präs. Bosshard mit, dass anlässlich verschiedener Versammlungen der Bezirkshauptorte-Präsidenten (in welchen die Verordnung betr. das Gefängniswesen und die bezügl. Stellung der Gemeinden behandelt wurden) die Anregung zum heutigen Vorgehen gefallen sei. Die Anregung fand Anklang bei den zunächst Beteiligten und wurde in der Folge ein provisorisches Statut entworfen und discutiert. Aehnlich wie bei andern Verbänden öffentlicher Beamter wie Statthalter, Gemeindeammänner, Gemeindeschreiber, Civilstandsbeamter, Verwaltungsfragen behandelt werden, sollen auch im neu zu gründenden Verband solche Angelegenheiten Erörterung finden. Als erstes und Hauptziel gilt das Wohl der Gemeinden. Es handelt sich also nicht um blosse Vereinsmeierei, sondern um Austausch von Erfahrungen in den verschiedenen Verwaltungsgebieten, wobei gerade für jüngere Kollegen manche willkommene Aufklärung sich ergeben wird. Persönliche Interessen der Verbandsmitglieder werden nicht verfolgt.